



## **Abschlussklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Alternativen Weltwasserforums in Marseille, 17. März 2012**

Als Mitglieder der globalen Wasser-Gerechtigkeitsbewegung, die im März 2012 in Marseille bei FAME, dem Alternativen Weltwasserforum, zusammengekommen sind, haben wir eine gemeinsame Vision: Wasser ist ein Gemeingut, keine Ware.

Dank der Wasser-Gerechtigkeitsbewegung haben die Vereinten Nationen das Recht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen als ein „Menschenrecht, das wesentlich ist für die vollständige Lebenserfüllung“, anerkannt (Resolution 64/292). Es gab wichtige weitere Siege wie die Aufnahme dieses Rechts in die Verfassungen vieler Länder in Südamerika und Afrika, das erfolgreiche Referendum in Italien gegen die Privatisierung des Wassermanagement, die Rekommunalisierung von Wasser in Paris, Buenos Aires, Atlanta und vielen anderen Städten rund um den Globus, und erstmalig gab es gerichtliche Verfahren um die Anwendung des Menschenrechts auf Wasser.

Wir lehnen das vorherrschende wirtschaftliche und finanzielle Modell, das die Privatisierung und Kommodifizierung von Wasser und sanitären Dienstleistungen bevorzugt, ab. Die kapitalistische, extraktive Entwicklung hat dramatische und tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen verursacht. Dieser Ansatz, der Wasser als eine Ware wie jede andere betrachtet, ist ungerecht und ungeeignet, um Wasser und sanitäre Einrichtungen für alle bereit zu stellen, und widerspricht dem Willen und den Interessen der Menschen.

Als Antwort auf die zunehmende Privatisierung von Wasser halten wir das Konzept von Wasser als einem grundlegenden Lebenselement des Planeten und als ein fundamentales und unveräußerliches Menschenrecht aufrecht. Wir bestehen darauf, dass die Solidarität zwischen heutigen und zukünftigen Generationen garantiert werden muss, wir weisen alle Formen von

Wasserprivatisierung zurück und erklären, dass Wasser öffentlich, kooperativ, partizipativ, gerecht und nicht auf Profit ausgerichtet organisiert und kontrolliert sein muss.

Wir fordern, dass Regierungen den Zugang zu sauberem und sicherem Wasser für alle sicherstellen, in einer Menge, die zum Leben reicht. Wir rufen alle Regierung auf, offiziell das Recht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen für alle Menschen in ihrem nationalen Recht anzuerkennen, in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 64/292. Wir rufen alle Regierung auf, den Anspruch und die Legitimität des Weltwasserforums als Ort für die Entwicklung der internationalen Wasserpolitik zurückzuweisen. Die finanziellen Einbrüche des herrschenden wirtschaftlichen Denkens und der Zusammenbruch neoliberaler, kapitalistischer Strukturen, die zu dieser Situation geführt haben, machen eines klar: Das Weltwasserforum und der Weltwasserrat haben keine Legitimation.

Wir rufen die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf, im Oktober 2014 einen Demokratischen Weltgipfel zu Wasser zu organisieren, bei dem sich die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Einrichtung umzusetzen, in einer Form, die auf die globale Gemeinschaft Rücksicht nimmt. Die zunehmende Wasserkrise macht einen legitimierten, rechenschaftspflichtigen, transparenten und demokratischen Wassergipfel notwendig. Dieser Gipfel muss sinnvolle und offene Diskussionen mit betroffenen Bevölkerungsgruppen, ArbeiterInnen, indigenen Völkern und Zivilgesellschaft ermöglichen und in verbindlichen Verpflichtungen, nicht in ministeriellen (Absichts)erklärungen resultieren. Um in gleichem Ausmaß partizipieren zu können, wie es heute den wirtschaftlichen und politischen Mächte möglich ist, muss die Zivilgesellschaft ausreichende materielle und finanzielle Ressourcen erhalten.

Es ist dringlich und zentral wichtig, „wirkliche Demokratie“ herbeizuführen; betroffene Bevölkerungsgruppen sollten an wichtigen Entscheidungen über Wassernutzung, Verteilung und Erhaltung sowie beispielsweise im Wassermanagement oder der Umsetzung großer Projekte beteiligt sein. BürgerInnen und Verbände müssen eine aktive Rolle im Wassermanagement spielen. Regierungen müssen dafür sorgen, dass dies erreicht wird, indem sie politische und finanzielle Mittel nutzen, um Bürger und Bürgerinnen in die Lage zu versetzen, sich an diesen Tätigkeiten zu beteiligen, und Bildungsmaßnahmen zu Wasser durchführen.

Das Menschenrecht auf Wasser erfordert ausreichende öffentliche Gelder. Das Muster wirtschaftlicher Sparmaßnahmen in industrialisierten Ländern und Strukturanpassung in Entwicklungsländern, die dazu geführt haben, dass Regierungen die Ausgaben wie lebenswichtige Wasser- und Sanitärversorgung zusammengestrichen und private Unternehmen größeren Zugang zu diesen Sektoren erhalten haben, müssen beendet werden.

Wir rufen Regierungen auf, öffentliche Wasser- und Sanitärsysteme durch progressive Besteuerung, nationale und internationale Finanztransaktionssteuern und die Verwendung von Geldern für Wasser anstatt für militärische Zwecke zu finanzieren. Wir verlangen, dass Regierung sicherstellen, dass niemand vom Zugang zu Wasser ausgeschlossen wird: Die Berechnung von Wasser für Haushalte sollte durch ein progressives System erfolgen (auf der Grundlage des Einkommens).

Gute öffentliche Dienstleistungen für Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, vor allem in großen Städten, sind unmöglich, ohne die Infrastruktur und das Personal bereit zu stellen. Wir unterstützen die Rechte von ArbeiterInnen, wie sie in den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO festgelegt sind. Arbeitsbedingungen müssen würdig sein und ArbeiterInnen müssen die notwendigen Fähigkeiten haben, um ihre Arbeit durchführen und an der Demokratie am Arbeitsplatz teilnehmen zu können.

Wir weisen die Vorstellung von öffentlich-privaten Partnerschaften zurück und bevorzugen stattdessen öffentliches und von Bürgern betriebenes Wassermanagement. Wir möchten öffentlich-öffentliche Partnerschaften fördern, schaffen und stärken. Wir verlangen öffentliche Investitionen in diese Partnerschaften und die Vermittlung von Wissen, das im öffentlichen Sektor vorhanden ist, an die Menschen und an die Gemeinschaften, die in diesem Bereich eine Ausbildung benötigen.

Wir erkennen den Wert von gemeinschaftlichem Wassermanagement an, das umgesetzt werden kann, wenn öffentliche Dienstleistungen unmöglich sind oder gemeinschaftliche Anforderungen über die reine Dienstleistung hinaus gehen. Beim Gemeinschaftsmanagement wird Wasser in der ganzen Vielfalt seiner Funktionen bereitgestellt, einschließlich jener, die normalerweise ignoriert werden: die spirituellen, ästhetischen, symbolischen und kulturellen Dimensionen. Diese Herangehensweise gibt Gemeinschaften auch eine Möglichkeit, ihre Bedürfnisse neu zu formulieren und Kräfte in ergänzende Projekte bezogen auf

Landwirtschaft, Bildung und Gemeinschaftsorganisationen zu mobilisieren. Wir sind überzeugt, dass die harmonische Nutzung von Wasser zu Harmonie in der Gemeinschaft führt und dass die Qualität des Wassermanagements sich in der Qualität der Gesellschaft wiederfindet.

Wir bekräftigen die Rechte von Frauen in ihrer zentralen Bedeutung für den weltweiten Kampf um Wasser. Da sie eine entscheidende Rolle in der Bereitstellung und dem Management von Wasserressourcen haben, fordern Frauen, dass Wissen geteilt wird, besonders technische Kenntnisse, um in den praktischen Aspekten des Zugangs zu Wasser hilfreich zu sein. Sie stehen für die Beteiligung an Entscheidungsprozessen als Gleichberechtigte – beim Wassermanagement, sanitären Einrichtungen, Hygiene und allen Aspekten des Prozesses, einschließlich wissenschaftlicher und technologischer Aspekte.

Wir unterstützen eine kleinteilige Familienlandwirtschaft und fordern Ernährungssouveränität, die es den Menschen erlaubt, sich selbst zu ernähren, sowie Zugang zu Wasser und Land. Wir wollen, dass eine agro-ökologische Produktionsweise, die angepasst ist an den Klimawandel, die Umwelt respektiert, weniger wasserintensiv ist und weniger Verschmutzung verursacht, Vorrang erhält, sowohl in industrialisierten als auch in Entwicklungsländern. Wir wollen, dass agro-ökologischen Bauern und Bäuerinnen das Recht auf Wassernutzung für ihre Landwirtschaft garantiert wird, damit sie die Städte und Dörfer mit hochwertiger Nahrung versorgen können, indem sie ausreichende Finanzierung erhalten und in Regenwassersammlung und Wassernutzungstechniken investieren können, die angepasst sind an die lokalen Bedingungen und Rücksicht nehmen auf traditionelle Praktiken.

Wir sind gegen die industrielle Ausbeutung und Extraktion natürlicher Gemeinschaftsgüter in all ihren Formen, besonders gegen Bergbau und den Abbau fossiler Energieträger, einschließlich Gas und Öl, die die Grenzen von „Gebieten, die geopfert werden müssen“, immer weiter zurück schieben um die Versorgung mit Rohstoffen und Energie sicher zu stellen und dabei den Zugang zu Wasser und seine Verfügbarkeit und Qualität für immer mehr Menschen weltweit gefährden.

Wir klagen nicht nur extraktivistische multinationale Unternehmen an, sondern auch internationale Finanzinstitutionen, internationale Verträge und Regierungen, die dieses „Entwicklungs“-Modell unterstützten und verfolgen. Die Machtkonzentration dieser

unterschiedlichen Akteure zielt darauf ab, die Meinungsäußerungen der Menschen einzuschränken und alternative politische Vorschläge auf lokaler wie auf globaler Ebene zu unterbinden.

Wir rufen auf zu Veränderungen in unserem Verbraucherverhalten, um den Überkonsum und das Dogma eines unbegrenzten Wachstums zu beenden, das die exponentielle Beschleunigung bei der Ausbeutung natürlicher Ressourcen vorantreibt.

Wir rufen die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf, über die Schaffung eines neuen Modells der Zusammenarbeit zwischen Regierungen nachzudenken, um einen Ausweg aus dem wirtschaftlichen System, das auf heftiger Konkurrenz beruht, zu ermöglichen. Dieser globale wirtschaftliche Krieg verursacht eine Spirale aus Überproduktion und Überkonsum, der eine andauernde, unbegrenzte Plünderung der Biosphäre befeuert, die weit über die Befriedigung von grundlegenden Bedürfnissen hinaus geht. Dies führt zu wachsenden Spannungen in entwickelten und sich entwickelnden Ländern.

Wir rufen zu einer Energiewende auf, die auf einer Verringerung des Gesamtverbrauchs, auf Energieeffizienz und auf dem Vorrang erneuerbarer Energie gegenüber begrenzten Ressourcen beruhen muss. Die Erzeugung und Verteilung von Energie muss sich an der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen reorientieren und nicht länger von transnationalen Interessen und industriellem Überkonsum kontrolliert werden. Lokale, alternative und nachhaltige Lösungen müssen Vorrang erhalten, wobei die Produktion dezentralisiert werden sollte. Diese Wende macht einen sofortigen Stop des Abbaus von Erdöl und Schiefergas, Ölsanden, des Einsatzes von Off-shore-Plattformen und ganz allgemein des Abbaus fossiler Ressourcen, der Techniken verwendet, die für Umwelt und Gesundheit schädlich sind, erforderlich.

Wir widersetzen uns dem Zwangsprozess, alle Aspekte des Lebens – Natur, Wasser, Arbeit – zu kommodifizieren, ein Prozess, den transnationale Unternehmen und die internationale Finanzwelt mit ihrem Plan für eine Green Economy zu besetzen versuchen, unterstützt durch Regierungen bei der internationalen Konferenz Rio+20. Wir fordern von den Regierungen, die falschen Lösungsansätze dieser Green Economy wie Großstaudämme, Atomenergie, Agrartreibstoffe, monokulturelle Landwirtschaft und industrielle Forstwirtschaft sowie die kommerzielle Ausbeutung von Flaschenwasser zurückzuweisen, die nicht nur die Umwelt-

und Finanzkrisen nicht lösen können, sondern vielmehr die Verfügbarkeit und Qualität von Wasser bedrohen.

Wir unterstützen ökonomische Systeme, die darauf abzielen, Wohlergehen und eine gesunde Umwelt für Gemeinschaften sicher zu stellen, anstatt der Verfolgung eines größtmöglichen individuellen Reichtums und inflationärer Gewinne für Unternehmen und Finanzen.

Wir rufen die Regierungen auf, sich an die Richtlinien der Weltstaudammkommission zu halten und aufzuhören, die Vorschläge des Protokolls über die Evaluierung der Dauerhaftigkeit von Wasserkraft gut zu heißen. Gleichzeitig fordern wir die internationalen Organisationen auf, ein Moratorium für die Finanzierung von Großstaudämmen zu verhängen.

Wir prangern die Kriminalisierung von Sozial- und Umweltbewegungen, die für das Recht auf Wasser und gegen Extraktivismus kämpfen, an und verlangen, dass ihr Schutz sichergestellt wird. Besonders entsetzt sind wir über den Mord an Bernardo Vásquez Sánchez am 15. März, während FAME, der sich gegen das Bergbauprojekt des kanadischen Unternehmens Fortuna Silver Mines in Oaxaca, Mexiko, zur Wehr setzte.

Wir behalten uns das Recht zu zivilem Ungehorsam vor, um gegen die Zerstörung der Umwelt, der Subsistenzsicherung, der Qualität von Leben und Gesundheit vorzugehen.

Wir schlagen die Schaffung eines unabhängigen internationalen Rechtssystems vor, das das Recht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen garantiert: Das Recht muss weltweit durchgesetzt und Vergehen gegen dieses Recht müssen gestoppt werden.

Wir rufen auf zur Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs für Umweltverbrechen.

Wir rufen dazu auf, die Integrität des Wasserkreislaufs zu erhalten, im Rahmen der Anerkennung der Rechte von Ökosystemen und Arten zu existieren, sich zu entfalten und zu reproduzieren. Wir rufen auf, die Rechte der Natur zu etablieren und anzuerkennen, um sicherzustellen, dass die Biosphäre und ihre Bewohner den Schutz erhalten, der für Gleichgewicht und Nachhaltigkeit erforderlich ist.

Wir verpflichten uns, weiter am Aufbau von Netzwerken und neuen sozialen Allianzen zu arbeiten und unsere Verbindung mit sozialen Bewegungen, die für Ernährungssouveränität, Klimagerechtigkeit, Demokratie und soziale und ökologische Gerechtigkeit kämpfen, zu verstärken. Wir werden auch weiterhin Aktivitäten rund um den Globus koordinieren. Wir verpflichten uns, sowohl lokale Behörden als auch Parlamentsmitglieder, die entschlossen sind, Wasser als Gemeingut zu verteidigen und das Recht auf Wasser für alle Menschen und die Natur zu bekräftigen, einzubeziehen. Wir ermuntern alle öffentlichen Wasserunternehmen und Gemeinschaften von WassernutzerInnen, zusammenzuarbeiten und nationale Verbände und regionale Netzwerke zu bilden.

Wir rufen alle Bewegungen, Netzwerke, und Organisationen, die Teil der Bewegung für Wassergerechtigkeit sind, auf, sich zu verpflichten, die Bürger für Rio+20 zu mobilisieren, um den Peoples' Summit (15.-23.Juni 2012) und den Tag globaler Aktion (20. Juni 2012) zu einem großartigen, breiten Erfolg zu machen. Das wird dazu beitragen, die Kommodifizierung und Finanzialisierung unseres Lebens zu stoppen und unsere Alternativen durchzusetzen, die eine Antwort darstellen auf die gegenwärtigen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Krisen.

Wir bewundern die Ernsthaftigkeit und den Zusammenhalt unserer Bewegung, die heutigen und zukünftigen Siege, und wir sind glücklich über diese gemeinsamen Anstrengungen, die Grenzen und Kontinente übergreifen! FAME hat seine Ziele erreicht, dazu beizutragen, dass das Weltwasserforum bald verschwindet. Der Weg wurde frei gemacht, um das Recht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen durchzusetzen, das ein grundlegendes Menschenrecht ist, und sicher zu stellen, dass Wasser wieder ein Gemeingut wird, das der Menschheit und der Biosphäre gehört.

Marseille, 17. März 2012